ZUKUNFT HESSEN

EIN MAGAZIN DER SPD HESSEN
UND DER LANDTAGSFRAKTION

AUSGABE 2/16
www.spd-hessen.de
www.spd-fraktion-hessen.de

THEMA
SICHER LEBEN

IM GESPRÄCH MIT THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

NUR ZUSAMMENHALT SCHAFFT SICHERHEIT!

HESSEN SPD

ANDREA NAHLES

ZUKUNFT DER RENTE – DREI SÄULEN STATT EIN KARTENHAUS

BILDNACHWEIS – SPD-LANDTAGSFRAKTION

AUF EIN WORT

**LIEBE LESERINNEN,
LIEBE LESER,**

wann fühlt man sich eigentlich sicher? Die simple Frage lässt sich nur mit vielen Sätzen beantworten, denn das Thema lässt sich aus unzähligen Richtungen betrachten.

Da ist zuerst die innere Sicherheit, also der Schutz vor Kriminalität – ganz klar eine Aufgabe des Staates und für die SPD-Landtagsfraktion ein zentrales Thema. Wie gut es gelingt, innere Sicherheit zu bewahren, hängt vor allem davon ab, ob es genügend qualifizierte und motivierte Polizistinnen und Polizisten gibt. In Hessen wurden unter CDU-Führung leider Stellen abgebaut. Und die Motivation leidet unter Nullrunden, Überstunden und der bundesweit längsten Arbeitszeit. Da gibt es viel zu verbessern.

Doch Sicherheit ist noch viel mehr. Wer sich von Job zu Job hangelt oder als Leiharbeiter ausgenutzt wird, fühlt sich bestimmt nicht sicher. Wer monatelang auf Facharzttermine wartet oder in der überfüllten Notaufnahme eines Krankenhauses sitzt, macht sich auch Sorgen, die er oder sie sich vielleicht gar nicht machen müsste. Steigende Mieten und die endlose Suche nach bezahlbarem Wohnraum belasten immer mehr Menschen – vor allem im Ballungsraum. Und wer heute Vollzeit arbeitet, aber nicht weiß, ob die Rente eines Tages reicht, verspürt ebenfalls große Unsicherheit. Gerade die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich nagt am Sicherheitsgefühl vieler Menschen.

Diese Beispiele zeigen: Sicherheit ist ein großes Thema mit vielen Facetten. Dem wollen wir uns in dieser Ausgabe von „Zukunft Hessen“ widmen. Auch landespolitisch gibt es da viel zu tun – von der inneren Sicherheit über den Wohnungsbau bis zur Bildungspolitik. Denn nur gut ausgebildete, selbstbewusste junge Menschen werden mit einem Gefühl von Sicherheit in ihr Erwachsenenleben starten.

In dieser Ausgabe widmen wir uns noch einem zweiten Thema, das sowohl in den Ballungsräumen als auch in ländlichen Gebieten von wachsender Bedeutung ist, der Mobilität. Gerade die marode Infrastruktur mit einem milliardenschweren Investitionsstau hemmt den Verkehrsfluss beträchtlich. Hier rächt sich, dass die CDU-geführten Landesregierungen seit 1999 kontinuierlich zu wenig Geld in den Straßenbau und den ÖPNV gesteckt haben. Leider hat sich darunter auch unter schwarz-grünen Vorzeichen nichts geändert.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Herzlichst

Günter Rudolph, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion

INHALT

3 AUF EIN WORT

4 INHALT

6 RUBRIK
FAKTENCHECK

8 TITELTHEMA
SICHER LEBEN
Nur Zusammenhalt schafft Sicherheit!

12 TIEFSTAND KOMMUNALER INVESTITIONEN
Schwarz-Grün gefährdet den sozialen Zusammenhalt

14 GEWINNSPIEL
Gewinnen Sie einen Tag im Hessischen Landtag mit Thorsten Schäfer-Gümbel!

15 RUBRIK
IN DEN KOCHTOPF GESCHAUT
Michael Roth

16 – 18 KRANKHEIT &PFLEGE
- Gutes Leben im Alter sichern
- Gesundheitspolitik im Interesse der Patienten

19 RUBRIK
MEIN LIEBLINGS-PLATZ IN HESSEN
Eleonore Weisgerber

20 RUBRIK ! AKTUELL
ZUKUNFT DER RENTE – DREI SÄULEN STATT EIN KARTENHAUS
Wer sein Leben lang voll gearbeitet hat, muss auch im Alter anständig abgesichert sein.

22 RUBRIK
ACHTUNG SCHWARZ-GRÜN!
CDU-geführtes Sicherheitsversagen im 17. Jahr

24 HESSEN FEIERT 7. BERLINER APFELWEINANSTICH

26 PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG WEITER EINDÄMMEN!
Sichere Arbeit – sicheres Einkommen – sicheres Alter

28 KRÄFTE BÜNDELN FÜR BEZAHLBARES WOHNEN
Bauland schnell mobilisieren

30 DIE WEICHEN FÜR HESSENS ZUKUNFT SIND GESTELLT
Viel Geld für die Verkehrsdrehscheibe

32 MOBILITÄT FÜR ALLE
Ohne mehr Verkehr: Herausforderungen einer nachhaltigen Mobilität – Gastbeitrag von Dr. Jutta Deffner

34 RUBRIK
NACHGEFRAGT
Drei Fragen von Katja Urbatsch

36 IMPRESSUM

BILDNACHWEIS – PETER JÜLICH

BILDNACHWEIS – FOTOLIA

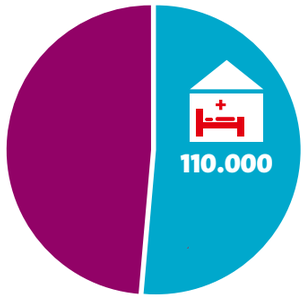
SICHER LEBEN IN ZAHLEN

SPD-LANDTAGSFRAKTION

Innere Sicherheit steht nach den Terroranschlägen von Paris und Brüssel im Zentrum der Aufmerksamkeit. Dabei gibt es in Hessen eine bedenkliche Entwicklung: Unsere Polizei ist seit etlichen Jahren überlastet. Bei der Polizeidichte – also der Zahl der Polizisten pro 1000 Einwohner – liegt Hessen im Ländervergleich weit hinten. Sicherheit ist allerdings mehr als die Bekämpfung von Kriminalität. Wirklich sicher fühlen wir uns erst, wenn wir wissen, dass für die zentralen Risiken unseres Lebens vorgesorgt ist. Dazu gehört neben einer umfassenden Gesundheitsversorgung auch gute Pflege, Jobsicherheit, ausreichend Wohnraum und eine gesicherte Rente. In all diesen Bereichen hat die Politik in den kommenden Jahren noch viel zu tun.

ALTERSSICHERUNG: ZAHL DER PFLEGEBEDÜRFTIGEN STEIGT

Mehr als 205.000 Menschen in Hessen sind pflegebedürftig. Rund die Hälfte davon – etwa 110.000 – werden ausschließlich von Angehörigen zu Hause betreut. Dabei empfinden fast alle (über 90 Prozent) pflegenden Angehörigen den Kontakt zum Erkrankten als gut und fühlen sich in der Lage, die Pflege gut zu bewältigen.
Insgesamt werden im Jahr 2060 voraussichtlich 4,52 Millionen Menschen pflegebedürftig sein. Aktuell sind es 2,6 Millionen. 2015 wurde mit dem Pflegestärkungsgesetz der Großen Koalition im Bund das Angebot der Pflegekassen deutlich verbessert.
Quelle: Techniker Krankenkasse



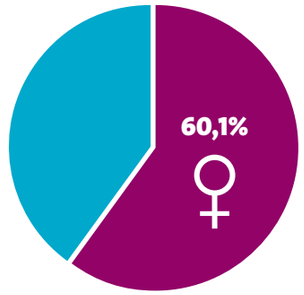
205.000 Pflegebedürftige

184.000 Wohnungen bis 2030

WOHNRAUMSICHERHEIT: GROSSE AUFGABEN BEIM WOHNUNGSBAU

Der Regionalverband FrankfurtRheinMain hat einen Wohnungsbedarf von 184.000 Wohnungen für seine Mitgliedskommunen für den Zeitraum bis 2030 ermittelt. Dabei ist der Bedarf für Flüchtlinge eingerechnet. Durch die konsequente Nutzung der im Flächennutzungsplan vorgesehenen Reserveflächen sowie von Baulücken, Aufstockungen, Umwidmungen und Nachverdichtung ließe sich der Gesamtbedarf im Ballungsraum insgesamt decken.
Quelle: Regionalverband FrankfurtRheinMain

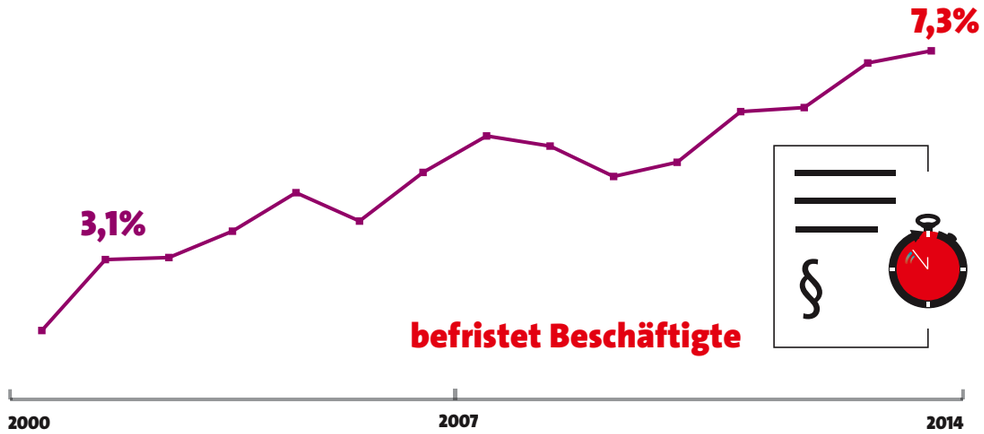
FAKTENCHECK



536.000 Rentner beziehen Grundsicherung

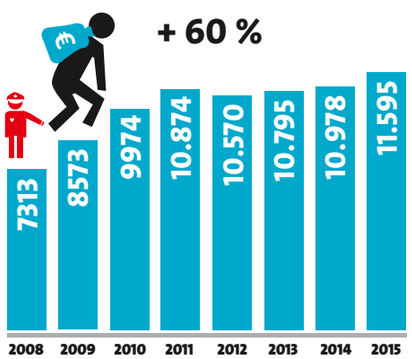
RENTE: VOR ALLEM FRAUEN AUF ZUSÄTZLICHE GRUNDSICHERUNG IM ALTER ANGEWIESEN

2015 bezogen in Deutschland rund 536.000 Personen Leistungen der Grundsicherung im Alter – 4,7 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Auch deshalb will die SPD eine solidarische Lebensleistungsrente für langjährig Erwerbstätige oberhalb des Grundsicherungsniveaus schaffen.
Quellen: DeStatis, Bundesregierung



JOBSICHERHEIT: BEFRISTUNGEN IN HESSEN NEHMEN ZU

Der Anteil der befristeten Arbeitsverträge nimmt stetig zu. Waren im Jahr 2000 noch 3,1 Prozent (84.000) der Beschäftigten in Hessens Betrieben befristet beschäftigt, waren es 2014 7,3 Prozent oder 222.000. Die SPD setzt sich deshalb für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung ein. *Quelle: IAB-Betriebspanel*



INNERE SICHERHEIT: MEHR WOHNUNGSEINBRÜCHE UND NIEDRIGE POLIZEIDICHTE IN HESSEN

Stark gestiegen ist die Zahl der Wohnungseinbrüche in Hessen. Seit 2008 um rund 60 Prozent, nachdem es zuvor jahrelang einen Rückgang gegeben hat. Gerade der Wohnungseinbruch beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl besonders stark. Mit 226 Polizisten auf 100.000 Einwohner liegt Hessen nur auf dem 13. Platz bei der Polizeidichte im Ländervergleich.
Quellen: Polizeiliche Kriminalstatistik Hessen und Recherchen der Rheinischen Post

Thorsten Schäfer-Gümbel fordert im Interview, die wachsende Schere zwischen Arm und Reich zu schließen: „Die Reichen müssen wieder teilen lernen."

Themenschwerpunkt
SICHER LEBEN

Zukunft Hessen: Herr Schäfer-Gümbel, die SPD spricht viel über Zusammenhalt. Wer oder was soll da eigentlich zusammenhalten?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Für mich ist Zusammenhalt das Gegenteil von Ellenbogengesellschaft, in der jede und jeder einzeln für sich kämpft. Zusammenhalt heißt, den Schwächeren zu helfen und Probleme gemeinsam zu lösen. Nur Zusammenhalt schafft die Sicherheit, die erst die freie Entfaltung des Einzelnen möglich macht.

SPD-LANDTAGSFRAKTION
INTERVIEW MIT THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL
FOTOS: PETER JÜLICH

NUR ZUSAMMENHALT SCHAFFT SICHERHEIT!

Zukunft Hessen: Aber ist nicht jeder selbst seines Glückes Schmied?

Schäfer-Gümbel: Das alte Sprichwort zielt darauf, dass man selbst Leistung bringen muss, um etwas zu erreichen. Das ist auch richtig. Wenn man daraus aber ein Prinzip für unser Zusammenleben ableiten will, ist es allerdings eine ziemlich plumpe Lebensweisheit neoliberaler Denkweise. Die egoistische Maxime, wenn jeder an sich denkt, ist auch an alle gedacht, zerstört Solidarität.

Der Missbrauch von Leiharbeit und befristeten Verträgen verbaut jungen Menschen Perspektiven.

Jede Form staatlicher Organisation hat doch zunächst einmal eine Legitimation: Sie schafft Sicherheit. Zum einen vor möglichen Bedrohungen von außen, aber natürlich auch vor zerstörerischen Kräften von innen. Sicherheit in einem ganz umfassenden Sinne ist die zentrale Aufgabe des Sozialstaats. Es geht darum, dass Menschen mit existenziellen Lebensfragen nicht alleingelassen werden.

Zukunft Hessen: Sorry, das ist mir jetzt ein bisschen zu philosophisch. Geht das konkreter?

Schäfer-Gümbel: Hinter uns liegt ein Jahrzehnt, in dem ein marktradikaler Zeitgeist massiv zur Entsolidarisierung beigetragen hat. Überall sollte sich der Staat nach Möglichkeit raushalten – bei der Gesundheitsversorgung, der Energie, der Gestaltung des Arbeitsmarkts, dem Wohnungsbau, der Altersvorsorge. Um nur ein paar Beispiele zu nennen. Das Resultat ist tiefe Verunsicherung bei vielen Menschen, die merken, dass sie zu kurz kommen, wenn alles nach Marktgesetzen abläuft. Die fragen schon, was ist eigentlich aus dem Sozialstaatsgebot geworden?

Zukunft Hessen: Und was antworten Sie denen?

Schäfer-Gümbel: Die SPD hat in der Bundesregierung gezeigt, dass der Sozialstaat bei ihr in den besten Händen ist. Die Einführung des Mindestlohns belegt das genauso wie die Rente nach 45 Beitragsjahren oder die Mietpreisbremse, um nur drei Beispiele zu nennen. Und wir haben noch viel vor: Die Regulierung von Leiharbeit und das milliardenschwere Programm für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration, das 2017 fünf Milliarden Euro für sozialen Wohnungsbau, Kitas, Arbeitsmarktpolitik, Solidarrente und Integration bereitstellt. Das sind Investitionen, die allen Menschen in Deutschland zugutekommen, Einheimischen genauso wie Hinzugekommenen.

Zukunft Hessen: Korrigiert die SPD damit nicht nur Fehlentscheidungen, die sie selbst zu verantworten hat, Stichwort Agenda 2010?

Schäfer-Gümbel: Jede Zeit braucht ihre eigenen Antworten. Damals galt es, den Reformstau aus 16 Jahren Kohl-Regierung aufzulösen. Aber ich will nicht verhehlen, dass auch die damalige rot-grüne Bundesregierung nicht alles richtig gemacht hat. Daraus haben wir aber gelernt und nachgesteuert, wie man bei der Rente sieht oder jetzt bei der Regulierung der Leiharbeit.

Zukunft Hessen: Wir sprechen über Sicherheit im Sozialstaat. Hartz IV ist geradezu zum Symbol für Unsicherheit geworden.

Schäfer-Gümbel: Leider stimmt das. Der Gedanke, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zusammenzulegen, war richtig. Hilfe aus einer Hand. Fördern und Fordern. Trotzdem müssen wir konstatieren, dass Hartz IV Abstiegsängste

FAKTEN
ZUSAMMENHALT FÖRDERN

Klare finanzielle Förderung für Solidarität und Zusammenhalt hat die SPD im Bund und Land durchgesetzt.

Im Bundeshaushalt 2017 werden fünf Milliarden Euro für den Solidarpakt bereitgestellt:

- ▶ 2,2 Milliarden Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik
- ▶ 1,3 Milliarden Euro für Wohnungs- und Städtebau
- ▶ 450 Millionen Euro für Kita-Ausbau, Sprachkitas und Initiativen gegen Rechtsextremismus
- ▶ 1 Milliarde Euro für Sprachförderung und Integrationskurse
- ▶ 180 Millionen Euro für Solidarrente

Im hessischen Landeshaushalt hat die SPD bereits für 2016 aus der Opposition heraus deutliche Verbesserungen erreicht:

- ▶ 50 Millionen Euro für 6000 zusätzliche Wohnungen
- ▶ 6 Millionen Euro für den Ausbau echter Ganztagsschulen
- ▶ 5 Millionen Euro für die Polizei
- ▶ 2 Millionen Euro für Ausbildungsplätze
- ▶ 6 Millionen Euro für Stadt- und Dorferneuerung

verschärft hat und dass schon der Begriff Menschen stigmatisiert und abwertet. Gerade wenn es im Arbeitsmarkt nicht rund läuft, empfinden es viele als Bedrohung, nach einem Jahr Arbeitslosengeld abzurutschen. Und viele haben es als ungerecht empfunden, dass sie nach 20 oder 30 Jahren Arbeit in kurzer Zeit gleichgestellt werden mit Menschen, die nicht gearbeitet haben.

Zukunft Hessen: Und wie will die SPD das verlorene Vertrauen zurückgewinnen?

Schäfer-Gümbel: Die SPD steht heute so geschlossen und konsequent hinter dem Thema Zusammenhalt durch soziale Gerechtigkeit wie selten in den vergangenen 20 Jahren. Und wir reden und fordern nicht nur, sondern wir setzen das auch um. Die nächsten großen Projekte sind Missbrauch bei Leiharbeit bekämpfen und ein Rentenkonzept.

Zukunft Hessen: Ist die Rente denn noch sicher?

Schäfer-Gümbel: Die staatliche Rentenversicherung ist jedenfalls das sicherste System, das es gibt. Sie ist aus gutem Grund das wesentliche Standbein der Altersvorsorge. In Zeiten von Niedrigzinsen zeigt sich gerade die Schwäche der lange Zeit hoch gepriesenen privaten Vorsorge. Trotzdem besteht Handlungsbedarf, denn viele Menschen treibt die Sorge um, dass nach einem arbeitsreichen Leben trotzdem nur die Grundsicherung bleibt.

Zukunft Hessen: Was sind die entscheidenden Stellschrauben? Herr Schäuble will den Renteneintritt an die Lebenserwartung koppeln.

Längere Lebensarbeitszeiten, wie von Wolfgang Schäuble gefordert, sind „ziemlich weltfremd", sagt Thorsten Schäfer-Gümbel. Seine Gespräche beim Praxistag Handwerk bestätigen ihn in dieser Haltung.

FAKTEN

MINDESTLOHN LOHNT

Die Bilanz nach einem Jahr Mindestlohn, für den auch die SPD-Landtagsfraktion jahrelang gestritten hat, fällt rundum positiv aus. Rund vier Millionen Menschen erhalten dadurch mehr Lohn als früher. Das ist ein Zehntel aller Beschäftigten. Mit einem Anteil von zwei Dritteln profitieren besonders Frauen von der Verbesserung. Fast 700.000 mehr Menschen haben einen sozialversicherungspflichtigen Job bekommen. 50.000 Menschen weniger sind darauf angewiesen, ihren Lohn mit Arbeitslosengeld II aufzustocken.

Für ausgebildete Handwerker mit sicheren Verträgen hingegen gilt: „Sichere Arbeit macht Menschen freier und optimistischer", so das Fazit von Thorsten Schäfer-Gümbel nach dem Praxistag in einer Zimmerei.

Schäfer-Gümbel: Was Herr Schäuble da propagiert, ist schon ziemlich weltfremd. Mit platten Parolen ist der Rente nicht zu helfen. Die Grundlage gegen Altersarmut ist vor allem gut bezahlte und sichere Arbeit.

Zukunft Hessen: Vom Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde kann man aber keine entsprechenden Anwartschaften erwerben.

Schäfer-Gümbel: Auch deswegen können 8,50 Euro nur ein Anfang sein. Die Lohnhöhe ist ein Problem, aber nicht das entscheidende. Wichtiger ist, dass wir in unterbrochene Arbeitsbiografien mehr Stetigkeit bringen. Firmen befristen Arbeitsverhältnisse ohne Not oder lagern durch Werkverträge Risiken an die Beschäftigten aus. Gegen diesen Missbrauch müssen wir vorgehen. Aber ich möchte noch auf ein anderes Thema kommen, das beim Thema Rente häufig nicht bedacht wird: Bildung. Gute Bildung und Ausbildung ist der sicherste Weg, Armut zu vermeiden. Deswegen fordert die hessische SPD zum Beispiel seit Jahren, dass Menschen ohne Berufsausbildung, auch wenn sie im Erwerbsleben stehen, nachträglich qualifiziert werden.

Zukunft Hessen: Auf gute Ausbildung soll also sichere Arbeit folgen?

Schäfer-Gümbel: Ja, Qualifikation ist der beste Weg, um einen sicheren Arbeitsplatz zu bekommen. Und sichere Arbeit macht Menschen freier und optimistischer. Wer in ständiger Angst um seinen Job lebt, der wird sich zum Beispiel dreimal fragen, ob er oder sie eine Familie gründet. Über dieses Thema habe ich viele Gespräche im Rahmen meiner Praxistage geführt, die ich im Bereich Pflege, Handwerk und Industrie erleben konnte. Da ist mir die Bedeutung von „guter Arbeit" von allen Gesprächspartnern ganz nachdrücklich ans Herz gelegt worden.

Zukunft Hessen: Wer von Armut bedroht ist oder sogar in Armut lebt, macht auch keine Pläne.

Schäfer-Gümbel: Die zunehmende Schere zwischen Arm und Reich muss sich wieder schließen. Kinderarmut, Familienarmut, Altersarmut – das sind die Schattenseiten von beträchtlichem Reichtum, den wenige Menschen anhäufen. Ich glaube, die Reichen müssen wieder teilen lernen. Und sie müssen ihrer Pflicht nachkommen, wenigstens alle Steuern rechtmäßig zu bezahlen. Allein für Hessen könnten wir 800 Millionen Euro zusätzlich im Jahr einnehmen, wenn Steuerbetrug und Steuervermeidung konsequent bekämpft würden.

Zukunft Hessen: Wir haben jetzt viel über Sicherheit geredet, aber noch nicht über innere Sicherheit im engeren Wortsinn.

Schäfer-Gümbel: Die gehört auch dazu, zumal hier erkennbar gilt: Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Wer sein Hab und Gut von privaten Sicherheitsfirmen schützen lässt, dem kann die Polizei vielleicht egal sein. Alle anderen müssen Interesse an einer gut ausgebildeten, anständig bezahlten und personell ausreichend ausgestatteten Polizei haben. Hier liegt gerade in Hessen viel im Argen und ich bin froh, dass wir in den Haushaltsverhandlungen durchgesetzt haben, dass zumindest mehr Geld für Überstunden bereitsteht.

Sein Praxistag im Klinikum hat Thorsten Schäfer-Gümbel deutlich gemacht, dass Gesundheit und Pflege nicht dem freien Markt überlassen werden dürfen, sondern staatliche Mitverantwortung unverzichtbar ist.

TIEFSTAND KOMMUNALER INVESTITIONEN

Schwarz-Grün gefährdet den sozialen Zusammenhalt

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **NORBERT SCHMITT**

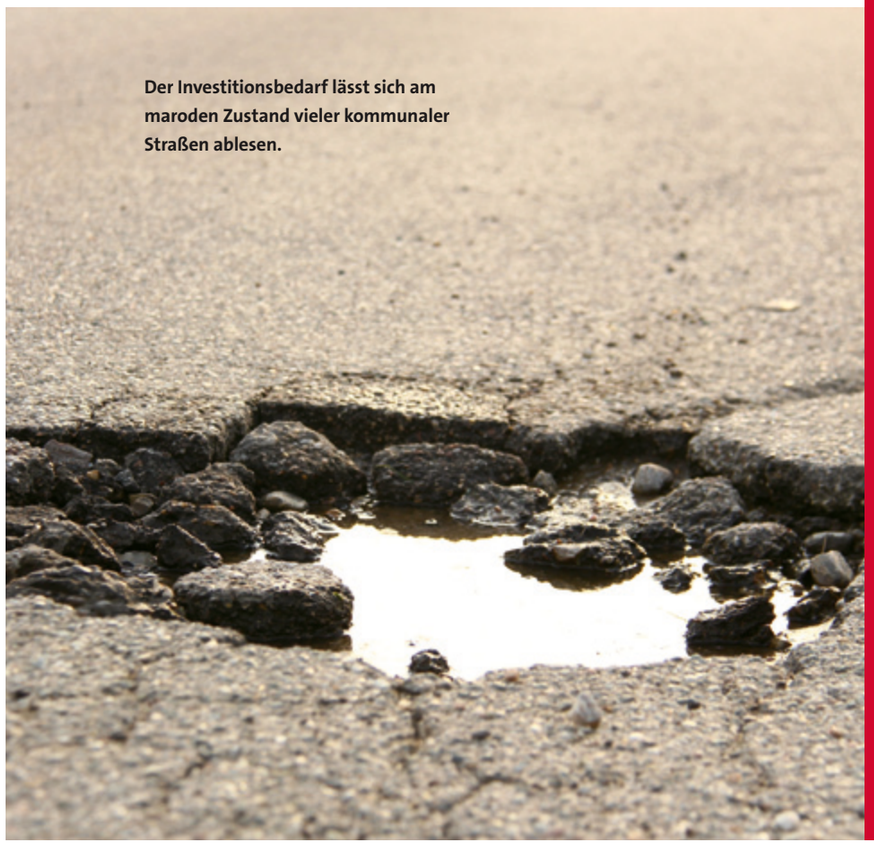
BILDNACHWEIS – BJÖRN WYLEZICH/FOTOLIA

Viele Städte leben von der Substanz, die Infrastruktur leidet.

Marode Schulen, Sanierungsstau bei kommunalen Straßen, geschlossene Schwimmbäder und Büchereien – da kommt bei vielen Bürgerinnen und Bürgern keine Freude auf. Gleichzeitig steigen auf breiter Front die Gebühren und Steuern, zum Beispiel die Gewerbesteuer. Solche unangenehmen Entscheidungen treffen Kommunalpolitiker aber keineswegs aus freien Stücken, sondern weil sie den Kopf für ein miserable Finanzausstattung durch die schwarz-grüne Landesregierung hinhalten müssen. Schwarz-Grün betreibt Haushaltskonsolidierung zulasten der Schwächsten. Den letzten beißen die Hunde, scheint das Motto zu sein.

Der hessische Finanzminister Dr. Thomas Schäfer rühmt sich zwar, mit dem sogenannten Rettungsschirm die Defizite der Kommunen vermindert zu haben, aber er verschweigt den anderen Teil der Wahrheit: Was Schwarz-Grün kürzt, zahlen die Bürgerinnen und Bürger. Entweder in Form schlechterer kommunaler Angebote oder in Form höherer Steuern und Gebühren. Die CDU, die auf Bundesebene dem Thema Steuergerechtigkeit weit aus dem Weg geht, lässt zu, dass vor Ort abkassiert wird. Statt starke Schultern zu belasten, wird der soziale Zusammenhalt infrage gestellt.

Gerade die Städte, Gemeinden und Kreise organisieren maßgeblich den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft: von der Kita bis zum Brandschutz, vom Wohnungsbau bis zur Sportförderung, von der Infrastruktur bis zur Kultur. Ohne funktionierende Kommunen zerbröselt unsere Gesellschaft. Deswegen sind starke, ausreichend finanzierte Städte und Gemeinden unersetzlich für die soziale Sicherheit.



Der Investitionsbedarf lässt sich am maroden Zustand vieler kommunaler Straßen ablesen.

BILDNACHWEIS – WOGI/FOTOLIA

FAKTEN

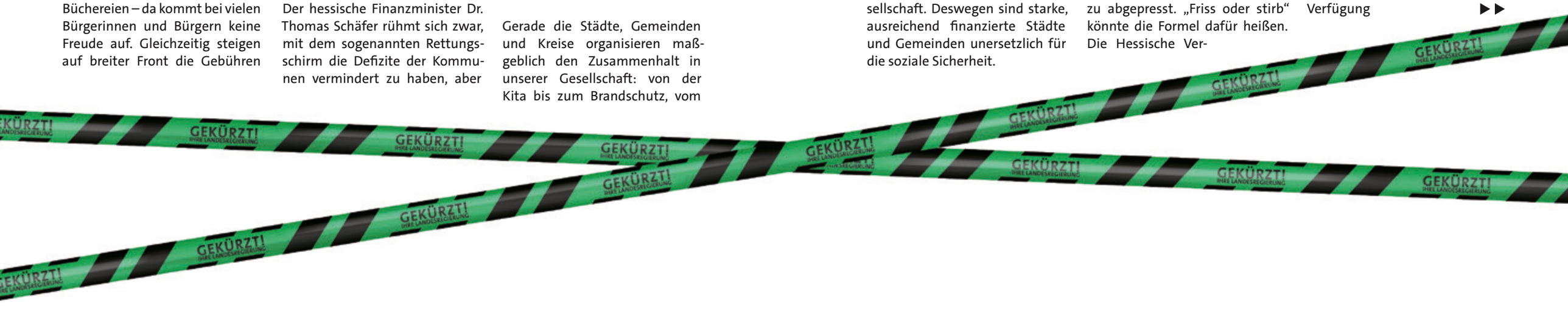
GROSSE LÖCHER IN DER KASSE

Durch den 2015 von Schwarz-Grün beschlossenen Kommunalen Finanzausgleich erhalten die hessischen Kommunen rund 500 Millionen Euro weniger, als ihnen nach dem alten, vor 2011 geltenden Recht zugestanden hätte. Rund 900 Millionen Euro fehlen den hessischen Kommunen zur Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben.

Im Ländervergleich liegt die Finanzausstattung der hessischen Kommunen gerade mal auf Platz elf.

Die kommunalen Investitionen sind in Hessen von 2010 auf 2015 um 840 Millionen Euro jährlich gekürzt worden. Sie haben damit den tiefsten Stand seit 20 Jahren.

Im vergangenen Jahr hat Schwarz-Grün den Kommunen die Zustimmung zur Neuordnung der Finanzbeziehungen geradezu abgepresst. „Friss oder stirb“ könnte die Formel dafür heißen. Die Hessische Verfassung verlangt allerdings einen anderen Umgang mit den Kommunen. Dort heißt es, ihnen müssen die erforderlichen Mittel zur Verfügung ▶▶



▶▶ gestellt werden. Und dieser Grundsatz gilt trotz Schuldenbremse.

Dass den Kommunen die Mittel vorne und hinten nicht reichen, lässt sich am Rückgang der kommunalen Investitionen ablesen. Die haben in Hessen 2015 den tiefsten Stand seit 20 Jahren erreicht. Das heißt: Die Städte und Gemeinden leben von der Substanz. Die Infrastruktur leidet. Wer sich über die Schlaglöcher in einer kommunalen Straße ärgert, sollte seinen Protestbrief lieber an Ministerpräsident Bouffier richten als an den Bürgermeister.

Mit schwarz-grünem Flatterband hat die SPD-Landtagsfraktion landesweit vor den Kürzungen der Landesregierung gewarnt.

BILDNACHWEIS – SPD-LANDTAGSFRAKTION

Dem bleibt oft allein übrig, den Mangel zu verwalten.

Bis zum Jahr 2000 hatten die hessischen Kommunen im Ländervergleich die drittniedrigsten Defizite. Mit der Regierungsübernahme der CDU in Hessen begann das Elend für die Städte, Gemeinden und Landkreise. Explosionsartig stiegen die Defizite, vom drittbesten Platz fiel Hessen auf den drittschlechtesten Platz zurück.

NORBERT SCHMITT IST HAUSHALTSPOLITISCHER SPRECHER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION UND KÄMPFT SEIT JAHREN FÜR EINE BESSERE FINANZAUSSTATTUNG DER KOMMUNEN.

BILDNACHWEIS – SPD-LANDTAGSFRAKTION

DAS GEWINNSPIEL

SPD-LANDESVERBAND

GEWINNEN SIE MIT ETWAS GLÜCK EINEN TAG IM HESSISCHEN LANDTAG MIT THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL!

Dazu beantworten Sie einfach die folgende Frage und senden uns diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an den SPD-Landesverband Hessen, Kennwort: Gewinnspiel, Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden. Alternativ können Sie uns Ihre Antwort mit Ihren Kontaktdaten als E-Mail an quiz@spd-hessen.de schicken.

Wie viele Überstunden hat die hessische Polizei derzeit bedingt durch den langjährigen Personalmangel angehäuft?

[A] 500.000 Überstunden **[B] 1.000.000 Überstunden** **[C] 3.000.000 Überstunden**

Nachname, Vorname | Mail

Straße/Nr. | PLZ/Ort

Alle richtigen Antworten nehmen an der Verlosung teil. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Benachrichtigung des Gewinners erfolgt auf dem Postweg.

[ ] ja, ich möchte auch in Zukunft von der HessenSPD informiert werden, bitte setzen Sie sich mit mir unter den angegebenen Daten in Verbindung.

IN DEN KOCHTOPF GESCHAUT

DIE LIEBLINGSREZEPTE UNSERER ABGEORDNETEN

ZUTATEN FÜR 4 PERSONEN

- 160g Mehl
- 5 Eier
- 1 Vanillestange
- 300ml Milch
- 4 gehäufte EL Zucker
- 80g Butter
- Prise Salz
- Rosinen (kann man auch weglassen)
- Puderzucker

BILDNACHWEIS – MICHAEL ROTH

Kaiserschmarrn

SPD-LANDESVERBAND
Text **MICHAEL ROTH**

Schon meine Oma hat ihn für mich gemacht. Und auf den Hütten in den Alpen findet man ihn traditionell. Es gibt unendlich viele Variationen. Wenn's mal schnell gehen muss und es trotzdem lecker sein soll, passt ein Kaiserschmarrn immer. Ich mag Süßes. Außerdem ist er vegetarisch. Man kann daraus eine Hauptmahlzeit oder auch als kleinere Portion einen Nachtisch zaubern.

SO EINFACH GEHT'S:

Das Eiweiß der Eier mit einer Prise Salz zu einem festen Eischnee schlagen. Eigelb, Mehl, Milch, die Hälfte des Zuckers, die Rosinen und das Mark der Vanillestange zu einem Teig verrühren. Zum Schluss den Eischnee unterheben.

In einer nicht zu heißen Pfanne den Rest des Zuckers karamellisieren lassen, dann die Hälfte der Butter dazugeben, danach den Teig. Wenn der Pfannkuchen schön gebacken ist, bitte in mundgerechte Stücke zerreißen und den Rest der Butter hinzufügen. Wenn alles schön goldbraun ist, bitte servieren. Zum Schluss mit Puderzucker bestäuben.

Wer es fruchtig mag, darf gern frische Beeren oder Zwetschenkompott dazureichen. Manche mögen's auch mit Apfelmus. Das ist aber nicht so mein Fall.

Guten Appetit!

GUTES LEBEN IM ALTER SICHERN

Gesund und selbstbestimmt alt werden

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **DR. DANIELA SOMMER**

Dr. Daniela Sommer hilft mit im Altenzentrum Stiftung Hospital St. Elisabeth in Frankenberg.

BILDNACHWEIS – WAHLKREISBÜRO DANIELA SOMMER

Wir werden alle älter – denn das Altern ist ein fortschreitender, nicht umkehrbarer biologischer Prozess. Mit steigendem Alter ist oftmals ein deutlicher Anstieg der gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu beobachten. Proportional zum Alter steigt das Krankheitsrisiko.

Ein großer Teil der bei älteren Menschen überwiegenden Gesundheitsprobleme kann allerdings durch primär-, sekundär- oder tertiärpräventive Maßnahmen günstig beeinflusst werden. In diesem Zusammenhang gewinnen Strategien zur Förderung der körperlichen Bewegung und Mobilität im Zuge des demografischen Wandels große Bedeutung und können die Aktivität und somit soziale Teilhabe älterer Menschen erhöhen.

Unser Ziel ist es daher, kommunale Strukturen im Hinblick auf altersgerechtes Wohnen und Leben zu stärken und wohnortnahe Versorgungsstrukturen (medizinische, pflegerische sowie allgemeine Versorgung) aufrechtzuerhalten. Viele ältere Menschen möchten in ihrem gewohnten Umfeld bleiben und selbstbestimmt alt werden, sodass ambulante sowie Betreuungs- und Entlastungangebote hier hilfreich sind.

Für die SPD-Landtagsfraktion ist die Pflege eines der großen Zukunftsthemen. Wir müssen uns jetzt gut aufstellen! Denn wer jetzt nicht handelt, vernachlässigt sträflich die Bedürfnisse einer immer älter werdenden Gesellschaft. Deshalb sind neben der Prävention konkrete Unterstützungen in der altersgerechten Wohn- und Pflegeversorgung sowie bei der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege wichtig.

Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, dass Anlaufstellen wie die mittlerweile etablierten Pflegestützpunkte für Pflegebedürftige aller Altersstufen und ihre Angehörigen vorhanden und wohnortnah erreichbar sind. Denn sie bieten den Menschen, die Rat und Hilfe suchen, eine wertvolle Unterstützung vor Ort. Neue Modelle zur dezentralen Ausweitung von Pflegestützpunkten bzw. Beratungsmöglichkeiten können Versorgungslücken besser erkennen und schließen.

Damit Menschen in Hessen gesund alt werden können und bei Krankheit gut versorgt werden, macht sich die SPD stark für eine flächendeckende, finanziell langfristig abgesicherte Umsetzung von Präventions-, Pflege-, Betreuungs- und Beratungsangeboten sowie für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung. Die Interessen und die Versorgung von kranken Menschen und ihren Angehörigen stehen dabei im Vordergrund.

Wir wollen Handeln und Chancen für jeden einzelnen verbessern, indem wir gesunde Lebenswelten schaffen, in denen wir gesund und aktiv älter werden und in denen gesundheitliche Probleme frühzeitig erkannt und bedarfsgerecht behandelt werden können.

FÜR DIE ZUKUNFT – FÜR DIE GESUNDHEIT – FÜR DIE MENSCHEN!

Auch auf Bundesebene haben wir gehandelt. Wir wollen alle eine gute Pflege und dazu braucht es eine bessere Unterstützung der professionellen Helferinnen und Helfer sowie der Angehörigen. In Deutschland haben Menschen einen Anspruch auf Sachleistungen und Geldleistungen bei Krankheit. Durch das erste Pflegestärkungsgesetz, das am 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist, stehen zusätzliche Betreuungsangebote allen pflegebedürftigen Menschen offen. Das ist eine Bereicherung für Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen und für Menschen, die ambulante Angebote nutzen. Außerdem wurde die Nutzung verschiedener Leistungen verbessert, da sie nun bedarfsgerecht miteinander kombinierbar sind. Auch das zweite und das dritte Pflegestärkungsgesetz versprechen weitere Verbesserungen.

BILDNACHWEIS – SPD-LANDTAGSFRAKTION

DR. DANIELA SOMMER IST GESUNDHEITSPOLITISCHE SPRECHERIN DER SPD-LANDTAGSFRAKTION.

HESSEN SPD

PRAXISTAG
PFLEGE

Mehrmals im Jahr schwärmen die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion aus, um bei einem Praxistag in einer Einrichtung oder einem Betrieb intensiv mitzuarbeiten, sozusagen als „Kollegen für einen Tag“. Der vierte Praxistag der SPD-Landtagsfraktion im vergangenen Jahr stand im Zeichen der Pflege – in Krankenhäusern, Seniorenwohnstätten und Pflegeheimen. Damit wollten die SPD-Abgeordneten auch ihre Anerkennung und ihren Respekt für die Leistung und die hohen emotionalen und körperlichen Herausforderungen der Beschäftigten ausdrücken.

BILDNACHWEIS – ANDRE HIRTZ

↑ Heike Hofmann assistiert im AWO Sozialzentrum Ohlystift in Weiterstadt.

← Christoph Degen backt im Rahmen der Alltagsbegleitung Pfannkuchen für die Bewohner der Senioren-Dependance Neuberg.

↓ Timon Gremmels in der DRK Klinik Kaufungen

FOTOS LINKS UND UNTEN PRAXISTAG– PRIVAT

GESUNDHEITSPOLITIK IM INTERESSE DER PATIENTEN

Mehr Ärzte auf dem Land

SPD-LANDESVERBAND – Text **DR. EDGAR FRANKE**

BILDNACHWEIS – BABIMU/FOTOLIA

Mit deutlicher sozialdemokratischer Handschrift wurde die Umsetzung der gesundheitspolitischen Agenda aufgenommen. Sozialdemokraten stehen dafür, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, Wohnort oder Lebensalter Zugang zu einer optimalen medizinischen Versorgung bekommen. Wir sorgen für eine bessere Gesundheitsversorgung, insbesondere auf dem Land.

Wir haben den Reformstau bei der Pflege aufgelöst. Pflegebedürftige, Demenzerkrankte und pflegende Angehörige erhalten mehr Leistungen. Eine höhere Entlohnung für Pflegekräfte erfolgt durch die Tatsache, dass Pflegekassen tarifliche Bezahlung nun nicht mehr als unwirtschaftlich ablehnen können. Mit der zweiten Reformstufe werden die Pflegeleistungen auf insgesamt fünf Milliarden Euro pro Jahr erhöht. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff stellt den individuellen Unterstützungsbedarf – insbesondere dementer Menschen – in den Mittelpunkt.

Mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz stellen wir auch in Zukunft die ausreichende ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicher. Einerseits gewinnen wir durch die erleichterte Gründung von medizinischen Versorgungszentren mit flexibleren Arbeitsbedingungen wieder mehr Landärzte. Andererseits soll künftig nur dann eine Praxis in einem überversorgten Gebiet nachbesetzt werden, wenn dies für die Versorgung der Patienten sinnvoll ist. Nur wenn wir die Verteilung der Ärzte nach dem Bedarf steuern, bekommen wir langfristig den Ärztemangel auf dem Land in den Griff.

Mit dem Präventionsgesetz wiederum wird in Kitas, Schulen oder am Arbeitsplatz die Entstehung von Krankheiten bekämpft, bevor sie entstehen. Dazu sollen die Leistungen der Krankenkassen zur Prävention und Gesundheitsförderung mehr als verdoppelt werden, von derzeit drei auf sieben Euro pro Versicherten und Jahr.

Und schließlich müssen und werden wir mit Blick auf die Diskussion um die Sterbehilfe die Palliativmedizin und die Hospizversorgung auf dem Land weiter verbessern und ausbauen.

BILDNACHWEIS – PRIVAT

DR. EDGAR FRANKE IST VORSITZENDER DES GESUNDHEITSAUSSCHUSSES IM DEUTSCHEN BUNDESTAG.

BILDNACHWEIS – BRANKO SROT/FOTOLIA

BILDNACHWEIS ELEONORE WEISGERBER – JANINE GULDENER

Hessen ist so reich an Schönem, dass ich mich schwer für einen Platz entscheiden kann. Es gibt große Wälder, kleine Orte mit Fachwerkhäusern, Burgen, Klöster, Weinberge, alte geschichtsträchtige Städte. Daher ist mein Lieblingsplatz kein fester Ort, sondern ein Weg. Ein Weg, der viel über Hessen erzählt, über die Vielfalt des Landes, das Nebeneinander ganz unterschiedlicher Plätze mit eigener Atmosphäre. Ein Weg von Wiesbaden über die Biebricher Höhe, dem Biebricher Schloss bis zu den alten Villen am Rheinufer. Ein Weg durch ein kleines Universum.

Starten wir meine Lieblingstour in Wiesbaden, der eleganten Stadt mit ihren Jugendstilvillen und den vornehmen Geschäften, dem prächtigen Kurhaus, dem Staatstheater und dem idyllischen Kurpark. Alles umarmt von bewaldeten Hügeln. Ich gehe durch die Innenstadt, am schönen alten Bahnhof vorbei durch ruhige Wohnstraßen zur Biebricher Höhe, und da ändert sich das Licht. Es wird leicht und flirrend. Ich blicke ins weite Land – wie auch die Bronze-Statue des letzten Herzogs von Nassau neben mir.

Dann geht's wieder abwärts in die engen Straßen von Biebrich, schmale Backsteinhäuser, kleine Welt. Hier scheint die Zeit stehen geblieben zu sein. Mich zieht es in den Schlosspark. Dunkel, verwunschen – hohe alte Bäume. Ruhe. Dann öffnet sich der Park und vor mir liegt das Schloss Biebrich. Ein wunderschöner Barockbau. Ein Märchenschloss, heiter, blassrot und weiß.

Ich umrunde das Palais und stehe am Rhein – breit, ruhig fließend. Lastkähne arbeiten sich fluss-ab- und flussaufwärts von der Schweiz nach Holland und zurück. Ich wende mich nach rechts, gehe den Uferweg entlang. Da stehen in alten Gärten alte Villen. An der spitz zulaufenden Mauer des ersten Gartens eine Tafel mit der Inschrift: In diesem Landhause schuf Richard Wagner 1862 seine „Meistersinger". Vieles sieht hier noch so aus, wie es wohl damals ausgesehen haben mag, doch einige wunderschöne alte Villen mussten modernen Apartment-Häusern weichen. Die terrassierten Gärten, wahre Kunstwerke, mit von wildem Wein überwucherten Natursteinmauern, mit Steinbänken und -brunnen wurden planiert. Fotos gibt es noch, und Erinnerungen, – und glücklicherweise gibt es seit einiger Zeit auch einen Denkmalschutz, der das eine oder andere Haus vor der Zerstörung rettet. Getröstet von diesem Gedanken setze ich mich auf eine der Bänke vor der verwitterten Backsteinmauer und schaue aufs Wasser.

„ZUKUNFT DER RENTE“ – DREI SÄULEN STATT EIN KARTENHAUS

BILDNACHWEIS – ROMOLO TAVANI /FOTOLIA

BILDNACHWEIS – BMAS/ WERNER SCHUERING

Andrea Nahles ist Bundesministerin für Arbeit und Soziales.

SPD-LANDESVERBAND
Text **ANDREA NAHLES**

Wer sein Leben lang voll gearbeitet hat, muss auch im Alter anständig abgesichert sein.

Das ist eines der zentralen Versprechen des Sozialstaates. Darin verdeutlichen sich aber auch die Wertschätzung und die Würde der Arbeit.

Um für dieses Versprechen auch unter den Vorzeichen des demografischen Wandels sicher einstehen zu können, hat die Bundesregierung 2001 die Alterssicherung auf drei Säulen gestellt. Die Umlagefinanzierung der gesetzlichen Rente sowie die steuerliche Förderung betrieblicher Absicherungen und privater Riester-Vorsorge sorgen im Mix dafür, dass die Risiken der jeweiligen Finanzierungsarten gegenseitig abgefedert und auch Kapitalerträge in die Alterssicherung einbezogen werden. Die gesetzliche Rente ist dabei die wichtigste Säule und muss es auch in Zukunft bleiben.

In den letzten 15 Jahren ist aber eine Menge passiert, wir haben neue Erfahrungen gemacht. Unser Land hat eine großartige Entwicklung genommen, ist heute Wachstumslokomotive in Europa. Mehr Menschen als je zuvor haben Arbeit, unsere Arbeitsplätze sind sicher und die Arbeitslosigkeit ist stark gesunken. Wir sind – auch aufgrund unserer gut aufgestellten Sozialsysteme – gut durch die Krise gekommen. Wir haben aber auch erlebt, wie krisenanfällig der Finanzsektor ist und dass längere Zeiten niedriger Zinsen kapitalgedeckte Systeme wie etwa die gute alte Lebensversicherung unter Druck setzen können. Manche Renditehoffnung hat sich nicht erfüllt und dass Staatsanleihen europäischer Länder einmal als unsichere Anlagen bewertet werden würden, war früher undenkbar.

DARUM DÜRFEN WIR NICHT AUFHÖREN, ÜBER MORGEN NACHZUDENKEN

Ich werde im Herbst ein Gesamtkonzept vorlegen, das aufzeigt, **wie wir das Sicherungsniveau im Alter auf dem heutigen Stand halten,** wie gesetzliche Rentenversicherung und kapitalgedeckte Altersvorsorge für die Zeit nach 2030 stabil und sicher stehen. Schon heute kann ich sagen: Es ist richtig, auch betrieblich und privat vorzusorgen. Klar ist auch, dass wir folgenden Grundsatz einlösen müssen: **Wer sein ganzes Leben voll gearbeitet hat, muss mehr haben als die Grundsicherung.**

Die gesetzliche Rente bleibt die stärkste Säule der Alterssicherung – verlässlich und über die Umlage sicher finanziert. In der Rente muss sich die Arbeitsleistung der Menschen widerspiegeln. Daher macht es einen Unterschied, wie lang und wie intensiv die Arbeitsphase war. Deshalb war auch die Rente ab 63 nicht geschenkt, sondern verdient. Hier geht es um Respekt und Wertschätzung. Ein fester Abstand zur Grundsicherung in der Rente wäre daher auch ein weiterer wichtiger Schritt, das Vertrauen in die Alterssicherung zu stärken. Dieser Gedanke liegt der solidarischen Lebensleistungsrente zugrunde, die wir im Koalitionsvertrag verankert haben und die noch in dieser Legislaturperiode kommen wird. Dabei sollten wir bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit anrechnen, auch wenn das heute nur wenige betrifft. Aber wenn die Jahrgänge in Rente gehen, die durch Strukturwandel oder nach der Wende zeitweise arbeitslos waren, kann ihre Zahl durchaus steigen. Für mich ist es aber auch eine Frage der Gerechtigkeit. Sie soll denen helfen, die alleine von der kleinen Rente leben müssen, ohne ein gutes Partnereinkommen.

BILDNACHWEIS – DMITRY BERKUT/FOTOLIA

Solidarität zwischen den Generationen

Welches Niveau die Alterseinkünfte haben, das hängt ganz wesentlich an der Rente, aber nicht allein: Auch betriebliche und private Altersvorsorge sind dafür wichtig. Wenn heute 42 Prozent derer, die höchstens 1500 Euro im Monat verdienen, weder eine Riester-Rente noch eine Betriebsrente haben, besteht gerade da Handlungsbedarf. Gerade für Geringverdiener ist zusätzliche Vorsorge fürs Alter nötig, damit sie später nicht in die Armut rutschen. Daher müssen wir heute ansetzen und die **kapitalgedeckte Altersvorsorge für die Menschen attraktiver machen, für die sie den Unterschied macht und die nur mit staatlicher Unterstützung vorsorgen können.**

Ich setze da auch auf die **betriebliche Altersvorsorge.** Damit profitieren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am meisten, denn die Verwaltungskosten sind gering und es werden keine Provisionen gezahlt. Unternehmen bekommen außerdem bessere Konditionen, als wenn jeder für sich Vorsorge betreibt. Unsere Erfahrung ist, dass Betriebsrenten sehr viel stabiler sind als alle privaten Anlageformen, die wir kennen. Auch hier ist es zweifellos sinnvoll, die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu stärken. Ich habe einen entsprechenden Vorschlag für ein „Sozialpartnermodell“ vorgelegt, das betriebliche Vorsorge gerade für mittlere und kleine Unternehmen einfacher möglich machen soll.

Aber bei all dem dürfen wir die 16 Millionen Riester-Sparer nicht verunsichern. Es muss klar sein: Der Staat garantiert, dass alle ihr eingesetztes Geld auch ausgezahlt bekommen. Und auch für die staatlichen Zulagen gilt Vertrauensschutz, der Staat steht zu seiner zugesagten Unterstützung. Auch wenn wir am Ende zu Änderungen bei der Riester-Rente kommen sollten: **Wer solch eine private Altersvorsorge abgeschlossen hat, hat das richtig gemacht.** Er erhöht damit sein Rentenniveau.

Die Debatten der letzten Jahre haben gezeigt: Wir brauchen mehr Möglichkeiten, den Übergang in die Rente individuell gut auszugestalten. Möglichkeiten der **Teilrente** ebenso wie Möglichkeiten, länger zu arbeiten. Neue Antworten brauchen wir auch mit Blick auf die rund drei Millionen **Selbstständigen**, die nicht in einem kollektiven Alterssicherungssystem abgesichert sind, viele davon sind sogenannte Soloselbstständige. Die Tendenz dabei ist durch die Digitalisierung steigend. Auch ihnen müssen wir eine tragfähige Alterssicherung möglich machen, entweder in der gesetzlichen Rentenversicherung oder in einem eigenständigen Versorgungswerk.

Bei der Diskussion um die Rente dürfen wir eins nicht aus dem Blick verlieren: Ganz entscheidend für ein ordentliches Auskommen im Alter sind die Einkommen heute. Anständiger Lohn für gute Arbeit ist die Basis für eine sichere Rente. Darum war es wichtig, dass wir Schluss gemacht haben mit Lohndumping: **Der Mindestlohn gilt.** Aber er ist auch nur die unterste Kante. Er ist heute kein guter Lohn und auch kein Ruhekissen für später. Darum ist der roter Faden, der sich durch die Gesetze zieht, die ich auf den Weg gebracht habe: **Wir stärken die Sozialpartnerschaft.** Denn starke Gewerkschaften und eine breitere Wirkung von Tarifverträgen sind der beste Weg zu guten Löhnen.

BILDNACHWEIS – NANCY FAESER

Weiterhin desolate Personalsituation bei der hessischen Polizei

SPD-LANDESVERBAND – Text **NANCY FAESER**

Wie sieht es eigentlich in einem Bundesland aus, in dem die CDU seit nunmehr 17 Jahren regiert, davon zuletzt sieben mit dem vormaligen Innenminister als Ministerpräsidenten? Die Antwort kann man in Hessen besichtigen: drei Millionen angehäufte Überstunden und mehr als 28 Krankheitstage im Jahr bei der vollkommen überlasteten hessischen Polizei.

Die Überlastung hat vielfältige Ursachen. Durch die Operation „Düstere Zukunft“ unter Roland Koch wurde die 42-Stunden-Woche eingeführt und das Urlaubs- und Weihnachtsgeld gestrichen bzw. gekürzt. Während alle anderen Bundesländer die 42-Stunden-Woche wieder zurückgenommen haben, hat Hessen nach wie vor die höchste Wochenarbeitszeit in der gesamten Bundesrepublik.

100.00 Bürger müssen sich vier Polizisten teilen.

Darüber hinaus hat die Polizei immer mehr Aufgaben zugeteilt bekommen und es ist massiv in den Jahren 2004, 2005 und 2006 zu wenig Personal ausgebildet worden, sodass heute ca. 800 Polizeibeamte fehlen. Aus diesem Mangel ergibt sich einer der schlechtesten Werte bundesweit bei der Polizeiabdeckung, also bei der Zahl der Polizisten pro 100.000 Einwohner. Am Wochenende oder zur Nachtzeit haben wir es in vielen ländlichen Regionen mit einem Betreuungsverhältnis von 1:20.000 bis 1:30.000 zu tun. Wenn im Zuständigkeitsbereich einer mittelgroßen Polizeistation 100.000 Einwohner leben und diese Polizeistation im Nachtdienst planmäßig zwei Funkwagenbesatzungen auf die Straße bringt (was der Norm entspricht), dann müssen sich 100.000 Bürger ganze vier Polizisten teilen, die mitunter lange Anfahrtszeiten zum Ort des Geschehens haben.

Jahr für Jahr steigen die Einbruchszahlen – mittlerweile um 60 Prozent seit 2008. Organisierte Banden können sich bei uns ausbreiten und Einbrüche verüben. Wohnungseinbrüche greifen tief in die Persönlichkeitssphäre der Bürgerinnen und Bürger ein und hinterlassen Unsicherheit in den eigenen vier Wänden, in denen man sich eigentlich am sichersten fühlen sollte. Deshalb muss diese Form der Kriminalität besonders stark bekämpft werden.

Anstieg rechtsextremer Straftaten in Hessen um 30 Prozent in 2015

Und wo die SPD-geführte Vorgängerregierung unter Hans Eichel mit der Einführung der zweigeteilten Polizeilaufbahn bundesweit Maßstäbe in der Personalführung setzte, demotiviert Schwarz-Grün Hessens Polizeibeamte durch die schlechteste Besoldung aller Bundesländer und eine Abkopplung von der allgemeinen Lohnentwicklung. Wir fordern eine vollständige Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten des Landes Hessen. Hätte nicht die SPD im gemeinsam verabschiedeten „Flüchtlingshaushalt“ 2015 mehr Stellen und eine bessere Ausstattung für die Polizei herausgehandelt, die hessische Polizei würde noch schlechter dastehen.

Die Polizei hat mehr Wertschätzung durch die Landesregierung verdient.

BILDNACHWEIS – HEIKO BARTH/FOTOLIA

EXTREMISMUSBEKÄMPFUNG UNZUREICHEND

Zumindest vom grünen Koalitionspartner der CDU hatten wir uns in einigen Bereichen frischen Wind versprochen: etwa bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, bei der Aufarbeitung des Versagens der Sicherheitsbehörden rund um die NSU-Mordserie und bei der Prävention. Leider Fehlanzeige. Trotz des Anstiegs rechtsextremer Straftaten in Hessen um 30 Prozent in 2015 hat sich die schwarz-grüne Regierungskoalition einer von uns geforderten Landtagsanhörung zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit verweigert. Stattdessen wird von der zuständigen Ministerin darüber nachgedacht, extremistische Gewalttäter künftig mit elektronischer Fußfessel zu überwachen – als ob dies rechte oder islamistische Überzeugungstäter von Delikten abhalten könnte – während sich 2015 zweitweise mehr als zwanzig rechtsextremistische Straftäter mit nicht vollstreckten Haftbefehlen frei bewegen konnten. Im NSU-Untersuchungsausschuss behindert die Landesregierung die Aufklärungsarbeit. Man hat den Eindruck, als würde das Risiko, das von kritischen Fragen der Opposition ausgeht, von der Landesregierung höher bewertet als das Risiko durch versagende Behörden im Kampf gegen braunen Terror.

Bilanz nach zweieinhalb Jahren grüner Mitregierung: Sicherheit gibt es mit Schwarz-Grün vor allem für diejenigen, die sie sich selber leisten können. Die subjektive und objektive Lebenssicherheit für die breite Mehrheit steigt mit der schwarz-grünen Spar- und Klientelpolitik jedenfalls nicht.

7. SPD Hessen feiert Berliner Apfelweinanstich

SPD-LANDESVERBAND Fotos **POLITIKFOTO FRANK OSSENBRINK**

↑ Der SPD-Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel, die Höchster Apfelblütenkönigin, Generalsekretärin Katarina Barley, Hessen-Generalsekretärin Nancy Faeser und Landesgruppenvorsitzende Ulrike Gottschalck stoßen an (v. l. n. r.).

Hessens MdB Martin Rabanus (links) und der Geschäftsführer des Rhein-Main-Verkehrsverbunds (RMV) Dr. André Kavai (rechts) testen das Stöffsche.

Nachschub für Thorsten Schäfer-Gümbel

Generalsekretärin Katarina Barley mit Hausherrin Lucia Puttrich

→ Die Band hat für Stimmung in der Landesvertretung gesorgt.

↓ Politikberater Klaus-Peter Schmidt-Deguelle im Gespräch mit Michael Roth

↑ Apfel macht glücklich: Apfelweinprobe am Stand der Kelterei Heil

← Ralph Beisel (Flughafenverband ADV) im Gespräch mit Katarina Barley

↑ Gute Laune bei den nordhessischen Besuchern mit Staatsminister Michael Roth

↑ Die vier Musikerinnen von der Berliner Band BrassAppeal

↑ Jan Burdinski, Leiter des Berliner Büros der Adam Opel AG (links), und die Leiterin des Berliner Büros von TSG Judith Klose

PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG EINDÄMMEN!

Sichere Arbeit – sicheres Einkommen – sicheres Alter

SPD-LANDESVERBAND – Text **GABRIELE KAILING**

Gewerkschaften verstehen unter sicherer Arbeit in erster Linie sozial abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse, die den Lebensunterhalt von Arbeitnehmern dauerhaft und ausreichend gewährleisten. Ganz im Gegensatz dazu stehen prekäre Beschäftigungsformen wie geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Werkverträge oder sachgrundlose Befristungen.

Die Arbeitsmarktdaten für Hessen weisen mit knapp 2,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen hohen Beschäftigungsgrad aus. Auch die Arbeitslosenquote liegt mit aktuell 5,5 Prozent deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt. Die Konjunktur ist stabil, die Exportquote ist hoch. Arbeitnehmer dürften sich aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktzahlen eher weniger den Risiken des Arbeitsmarkts ausgesetzt sehen.

Für sich genommen sagen die statistischen Zahlen allerdings kaum etwas über die Qualität der Arbeit aus, die sich etwa an der Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit, dem Grad an physischer und psychischer Belastung oder beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten festmachen lässt. Denn die Frage, ob jemand vom Einkommen seiner Erwerbsarbeit leben kann oder ob zusätzlich staatliche Transferleistungen notwendig sind, ist von genauso großer Bedeutung. Ebenso die Frage: Können Arbeitnehmer das Rentenalter gesund erreichen und sichert ihnen ihre Altersrente ein auskömmliches Leben über die Zeit ihrer Erwerbstätigkeit hinaus?

Aus gewerkschaftlicher Sicht gibt es jede Menge zu tun, um die Arbeit für alle Menschen sicherer zu machen. Dazu gehört besonders die Eindämmung von prekärer Beschäftigung. Fast jede prekäre Beschäftigungsform geht einher mit niedriger Entlohnung und dem erhöhten Risiko von Altersarmut sowie mit einer Schwächung der Mitbestimmung und dem Abbau der Tarifbindung in hessischen Betrieben. An den Beispielen der geringfügigen Beschäftigung und der sachgrundlosen Befristung werden strukturelle Fehlentwicklungen und ihre Folgen sichtbar.

MINIJOBS SCHAFFEN ABHÄNGIGKEITEN

Überaus auffällig wird die fehlende Sicherheit bei der geringfügigen Beschäftigung. In Hessen arbeiten knapp 550.000 Menschen in Minijobs, weit mehr als die Hälfte davon sind Frauen. Bei etwa 70 Prozent der geringfügig Beschäftigten handelt es sich nach statistischen Angaben um das einzige Arbeitsverhältnis. Damit können maximal 450 Euro im Monat verdient werden. Laut einer Sonderauswertung der Minijobzentrale (2014) werden jedoch im gewerblichen Bereich bundesweit durchschnittlich nur 288,04 Euro und in Privathaushalten lediglich 182,38 Euro monatlich verdient. Die wenigsten der ausschließlich geringfügig Beschäftigten sind kranken- oder rentenversichert. Ein existenzsicherndes Einkommen ist das nicht und zementiert, insbesondere bei Frauen, eine Abhängigkeit vom Lebenspartner oder von Transferleistungen.

Hinzu kommt, dass ein Viertel über keinen schriftlichen Arbeitsvertrag verfügt. Nicht einmal ein Viertel der geringfügig Beschäftigten erhält bezahlte Pausenzeiten, bezahlten Urlaub oder gar Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Es ist bekannt, dass über den angemeldeten Minijob hinausgehende Arbeitszeiten oft schwarz bezahlt oder Sozialversicherungsbeiträge nicht selten vom Lohn einbehalten werden. Das ist das Gegenteil von sicherer Arbeit.

DAUERBEFRISTUNGEN ZULASTEN VON LEBENSARBEITSZEIT

Aber längst nicht nur der Minijob ist Synonym für ein unsicheres Beschäftigungsverhältnis. Das zweite Beispiel: In Hessen steigt der Anteil junger Menschen mit höherwertigen Schulabschlüssen. Entsprechend ihrer Bildung suchen sie nach solchen Arbeitsstellen, die höhere Qualifikationen voraussetzen und Aufstiegschancen bieten.

Viel zu viele junge Akademiker machen die Erfahrung, dass sie nach Abschluss des Studiums von einem befristeten und schlecht entlohnten Arbeitsverhältnis ins nächste wechseln, oft nicht nahtlos. In vielen Fällen vergehen Jahre, bevor sie erstmals eine unbefristete Beschäftigung eingehen können. Dazwischen liegt eine lange Zeit der Wohnort- und Lebensunsicherheiten, die Familienplanung ist erschwert, eine berufliche Entwicklung unnötig verzögert. Nicht zuletzt geht eine solche unzumutbare Hinhalterei zulasten von Lebensarbeitszeit.

Wie dann durch längere Ausbildungszeiten und einen verspäteten Berufsstart die Rentenansprüche aussehen werden, liegt auf der Hand. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Wirtschaft auf der einen Seite in den Genuss von immer besser ausgebildeten hoch motivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kommt und sich andererseits nicht angemessen genug an deren sozialer Absicherung, insbesondere in Hinblick auf das Alter, beteiligt.

EIN DRITTEL VON ALTERSARMUT BEDROHT

Die Existenzsicherung im Alter ist in der politischen Debatte ein Dauerbrenner. Grund hierfür ist das abgesenkte Rentenniveau und die Tatsache, dass die Einkünfte aus der gesetzlichen Rente in keinerlei Verhältnis zu den Erwerbseinkünften stehen. Der Aufbau zweier weiterer Säulen im Rentensystem, einer privaten und einer betrieblichen Altersvorsorge, gelingt trotz staatlicher Förderung nicht. Die Arbeitgeber wollen sich auf Biegen und Brechen ihrer sozialen Verantwortung entziehen und muten den Beschäftigten zu, sich um eine ausreichende Absicherung im Alter sorgen zu müssen.

Bleibt eine echte Rentenreform, mit der auch das Rentenniveau wieder angehoben wird, weiterhin aus, so ist in Hessen auf der Basis der Einkommensverteilung damit zu rechnen, dass wenigstens ein Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Alter von Armut betroffen sein wird. Denn die sogenannte Standardrente in Westdeutschland liegt jetzt schon bei nur 1370 Euro. Um diese fiktive Rente zu erreichen, müssen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte über 45 Jahre hinweg kontinuierlich das Durchschnittseinkommen verdient haben, das derzeit bei 35.000 Euro brutto im Jahr liegt. Die tatsächlichen Zahlbeträge der derzeitigen Altersrenten liegen allerdings schon weit darunter. Mit dem zusätzlichen Anstieg der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre wird sich zudem die Zahl derjenigen erhöhen, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig und mit erheblichen Abschlägen in Rente gehen müssen.

Fast vier Millionen Arbeitnehmer profitieren inzwischen vom Mindestlohn.

BILDNACHWEIS GRAFIKEN – FOTOLIA

Der Arbeitsmarkt würde auch ohne benachteiligende Beschäftigungsformen wie Minijobs und Dauerbefristungen oder drastische Kürzungen der gesetzlichen Rente auskommen. Für Millionen von Menschen könnte das sichere Arbeit, sicheres Einkommen und Sicherheit im Alter bedeuten. Denn Unsicherheiten bei den Beschäftigten wirken sich mindestens mittel- und langfristig nachteilig auf wirtschaftliche und politische Stabilität aus.

DIE AUTORIN GABRIELE KAILING (52) IST DIE VORSITZENDE DES DGB BEZIRK HESSEN-THÜRINGEN UND DES SPD-GEWERKSCHAFTSRATES IN HESSEN.

BILDNACHWEIS – GABRIELE KAILING

KRÄFTE BÜNDELN FÜR BEZAHLBARES WOHNEN

Bauland schnell mobilisieren

SPD-LANDTAGSFRAKTION
Text **MICHAEL SIEBEL**

Für Sozialdemokraten ist die Wohnungspolitik ein zentrales Thema. Kommunale Wohnungspolitik ist ein Kernelement der Daseinsvorsorge. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Die Bürgerinnen und Bürger in den hessischen Städten und Gemeinden sollen gut leben, arbeiten und wohnen können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass kommunale Wohnungsunternehmen auch kommunal und damit öffentlich kontrolliert bleiben. Dies ist eine Grundvoraussetzung, um preiswerten und guten Wohnraum zu schaffen und zu erhalten.

Nach unserem Verständnis müssen wieder mehr Sozialwohnungen und Wohnungen für untere und mittlere Einkommensgruppen gebaut werden. Dazu müssen die notwendigen Rahmenbedingungen durch den Landesgesetzgeber im hessischen Wohnraumfördergesetz geschaffen werden. Die Kommunen müssen aber auch in die Lage versetzt werden, dieser Aufgabe finanziell gerecht zu werden. Dazu wird die wieder eingeführte Fehlbelegungsabgabe einen Beitrag leisten können. Wir halten es für richtig, wenn die öffentliche Hand auf Renditen aus der Wohnungswirtschaft, die öffentlich kontrolliert wird, verzichtet, um in den Neubau zu investieren und Sanierungsmaßnahmen zu ermöglichen. Mit diesen Grundaussagen sind Sozialdemokraten in die Kommunalwahl 2016 gegangen. Darin wird beschrieben, was Richtschnur der Sozialdemokratie für die Wohnungspolitik in Hessen, insbesondere in Südhessen, ist.

Vor dem Hintergrund, dass die Wohnungsbedarfsprognose für den Zeitraum bis 2030 allein für das Verbandsgebiet des Regionalverbands FrankfurtRheinMain nochmals um 27.000 Wohnungen gestiegen ist, muss jetzt ein weiteres 50-Millionen-Euro-Programm aufgelegt werden. Und es müssen Flächen mobilisiert werden, um diesen Wohnraum auch bauen zu können.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen muss aber nicht nur mehr Geld ins System, es muss auch endlich wieder die Stelle eines Wohnungsbaukoordinators geschaffen werden. Nach Angaben des Planungsverbands sind 2100 Hektar Bauland im Flächennutzungsplan mobilisierbar, was 92.000 Wohnungen entspricht. In 1100 Hektar Baulücken könnten 55.000 Wohnungen entstehen. Und durch Aufstockung vorhandener Gebäude sind nach Berechnungen von Professor Karsten Tichelmann von der Technischen Universität Darmstadt wahrscheinlich auch 30.000 Wohnungen zu schaffen. Aber all dieses muss strukturiert angegangen werden und deshalb braucht es einen Wohnungsbaukoordinator.

Für uns ist Wohnen ein Grundrecht und bezahlbarer Wohnraum eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, daran zu arbeiten, dieses Grundrecht einzulösen und die Aufgabe der Daseinsvorsorge zu erfüllen.

DER AUTOR MICHAEL SIEBEL IST SPRECHER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION FÜR DIE THEMEN BAUEN UND WOHNEN.

BILDNACHWEIS – SPD-LANDTAGSFRAKTION

FAKTEN

184.000 WOHNUNGEN BENÖTIGT

Bis zum Jahr 2030 werden im Bereich des Regionalverbands FrankfurtRheinMain 184.000 zusätzliche Wohnungen benötigt. Diese Prognose für den Ballungsraum zeigt, dass bis 2020 jährlich 14.600 Wohnungen gebaut werden müssten und danach – bis 2030 – immer noch 8200. Dies bedeutet bis 2020 eine Verdoppelung der Baukapazität gegenüber heute.

Anzeige

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

IG BCE

Foto: Helge Krückeberg

»Denn am besten geht es gemeinsam.«

MICHAEL VASSILIADIS
Vorsitzender der IG BCE

Hessen ist für Deutschland ein echter Erfolgsfaktor: Es ist leistungs- und innovationsfreudig, hat eine umsatzstarke Industrie und trägt maßgeblich zu Deutschlands vorbildlicher Exportbilanz bei.

Tatkraft und Mut zur Gestaltung einerseits, Mitbestimmung und Teilhabe andererseits sorgen für den ökonomischen Erfolg Hessens. Dass es immer beides braucht, eint die SPD und die Gewerkschaften: Für sie war und ist die betriebliche Mitbestimmung nicht nur Erfolgsfaktor und Standortvorteil, sondern immer auch eine zentrale Säule der deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung und Garant für sozialen Frieden. Arbeitnehmer und Arbeitgeber begegnen sich in gegenseitigem Respekt und im Wissen um das Gemeinsame, ohne unterschiedliche Interessen und Aufgaben zu negieren. Dieses deutschen Gewerkschaftsmodell ist nicht selbstverständlich, sondern wurde maßgeblich von SPD und Gewerkschaften, Seit' an Seit', gemeinsam erstritten.

Jetzt kommt es darauf an, dieses Erfolgsmodell in die Zukunft zu portieren. Wir sind schon mitten im Prozess von Digitalisierung und Globalisierung. Wir wollen diese Trends für weiteren Fortschritt nutzen, im Interesse und zum Wohle aller Menschen.

Dabei setzen wir auf die Verlässlichkeit unserer Partner in der Politik. Denn am besten geht es gemeinsam.

- Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) ist mit rund 650.000 Mitgliedern die drittgrößte Gewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Zum Organisationsbereich gehören die Branchen Bergbau, Chemie, Energie, Erdöl und Erdgas, Glas, Kautschuk, Keramik, Kunststoffe und nichtmetallische Werkstoffe, Leder, Papier, Umwelt, Wasser sowie Ver- und Entsorgungsbetriebe.
- Die Vorläuferorganisationen der IG BCE entstanden im 19. Jahrhundert. Papierarbeiter und Glasmacher, Bergleute und Porzelliner, Chemiearbeiter und Schuhmacher – sie alle bauten ihre Interessenvertretungen auf. Es folgten Zusammenschlüsse und Fusionen, 1890 kam es in Hannover zur Gründung des Fabrikarbeiterverbands.
- Die ehrenamtlichen Funktionäre bilden das Rückgrat der IG BCE. Über 19.000 Vertrauensleute engagieren sich in den Betrieben für ihre Gewerkschaft. Weit mehr als 1.000 Ortsgruppen mit rund 12.000 Vorstandsmitgliedern sind in den Wohnorten präsent.

DIE WEICHEN FÜR HESSENS ZUKUNFT SIND GESTELLT

SPD-LANDESVERBAND – Text **SÖREN BARTOL**

Viel Geld für die Verkehrsdrehscheibe

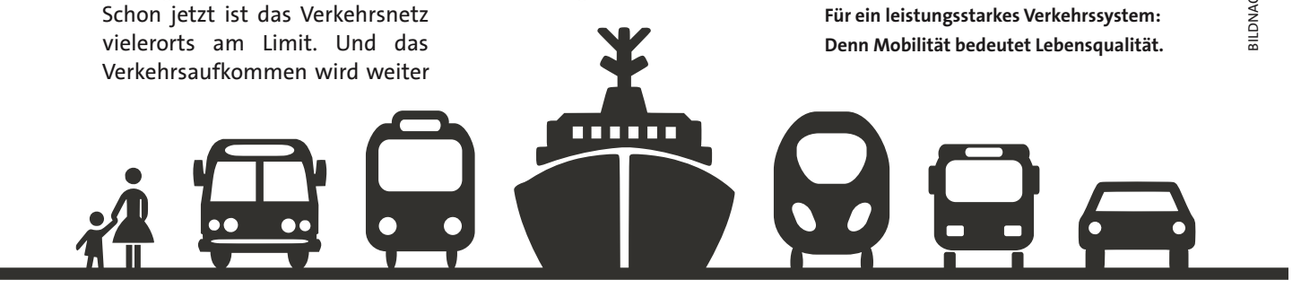
Menschen und Güter sind heute mehr denn je in Bewegung. Darum brauchen wir intakte und ausreichende Straßen, Schienen und Wasserwege, die uns überall dorthin bringen, wo wir hinwollen. Eine funktionierende Infrastruktur ist wichtig: Mobilität bedeutet ein Stück Lebensqualität. Und sie ist ein zentraler Standortfaktor: Ebenso wie Bürgerinnen und Bürger braucht unsere Wirtschaft ein leistungsfähiges Verkehrssystem. Denn als Exportnation und Transitland ist Deutschland auf funktionierenden Personen- und Güterverkehr angewiesen – das gilt insbesondere auch für Hessen, das mit seiner geografischen Lage inmitten der Bundesrepublik ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt und Logistikstandort ist – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des immer wichtiger werdenden Onlinehandels. Nur wenn wir in einer globalen und vernetzten Welt nicht den Anschluss verlieren, können wir von den Chancen des Fortschritts profitieren.

700.000 Kilometer Straßen und 40.000 Kilometer Schienen gibt es in Deutschland. Schon jetzt ist das Verkehrsnetz vielerorts am Limit. Und das Verkehrsaufkommen wird weiter wachsen: der Personenverkehr bis zum Jahr 2030 um circa zwölf Prozent, der Güterverkehr sogar um knapp 40 Prozent. Eine Mehrbelastung für unser Verkehrsnetz, die wir auffangen müssen. Dazu gilt es vor allem die stauanfälligen Nord-Süd- und Ost-West-Achsen auszubauen. Engpässe auf Straßen und Schienen müssen beseitigt, Großstädte auf das steigende Verkehrsaufkommen vorbereitet werden. Gleichzeitig altern unsere Straßen, Schienen und Brücken. Sie müssen erneuert werden.

EINE ART MASTERPLAN: MEHR ALS 260 MILLIARDEN EURO WIRD DER BUND BIS 2030 IN UNSERE VERKEHRSWEGE INVESTIEREN. MEHR DENN JE ZUVOR

Das wichtigste Planungsinstrument für die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland ist der Bundesverkehrswegeplan. Alle 15 Jahre entscheidet der Bund damit, wie viel Bundesmittel in unsere Infrastruktur fließen – und wohin. Der Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans hat ein Gesamtvolumen von 264 Milliarden Euro. Welche Straßen, Schienen und Wasserwege bei uns saniert oder gebaut werden, entscheidet der Bund auf der Basis von Berechnungen unabhängiger Experten. Die Auswahl der Verkehrsprojekte erfolgt aus einer Vielzahl an Wünschen und Vorhaben, die von den Ländern, regionalen Initiativen, Fach- und Privatleuten eingereicht werden. Rund 1000 Projekte hat der Bund als vordringlich eingestuft – diese haben damit eine gute Chance bis 2030 realisiert zu werden. Erstmals hat es eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben. Das stärkt die Akzeptanz der geplanten Vorhaben und kann das Scheitern von Projekten verhindern.

Für ein leistungsstarkes Verkehrssystem: Denn Mobilität bedeutet Lebensqualität.



BILDNACHWEIS – FOTOLIA/BEERMEDIA.DE

FAKTEN

ELEKTROMOBILITÄT – FAHREN AUS DER STECKDOSE

Der Traum vom umweltfreundlichen Fahren ohne Benzin ist längst Wirklichkeit: Elektroautos machen's möglich. Eine Million Autos sollen bis 2020 auf deutschen Straßen fahren, so das Ziel der Bundesregierung. Doch noch sind hohe Preise, lange Ladezeiten und die kurze Reichweite ein Hindernis. Um Elektromobilität massentauglich zu machen, haben sich Bundesregierung und Automobilindustrie im April auf eine gemeinsame Förderung geeinigt: Beim Kauf eines Elektroautos soll es eine Prämie von 4000 Euro geben, Luxusautos sind ausgenommen, die Förderung ist bis 2019 befristet. Außerdem sollen 300 Millionen in den Ausbau von Ladestationen investiert werden. Das schützt das Klima, schont das Portemonnaie der Verbrauchenden und stärkt Innovationen in Deutschland.

ERHALT VOR NEUBAU HEISST DIE DEVISE DES NEUEN BUNDESVERKEHRSWEGEPLANS

Vom Gesamtvolumen des neuen Bundesverkehrswegeplans soll die Hälfte in die Straße, 40 Prozent in die Schiene und 10 Prozent in die Wasserstraße investiert werden. Weil viele unserer Verkehrswege in die Jahre gekommen sind und erneuert werden müssen, sind mit 141 Milliarden Euro zwei Drittel des Geldes für den Substanzerhalt des Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetzes vorgesehen. Für Aus- und Neubaumaßnahmen sind rund 95 Milliarden Euro eingestellt. Im Fokus hier: die Beseitigung von Engpässen, um einen möglichst ungehinderten Verkehrsfluss zu gewährleisten und Sicherheitsrisiken, wie sie durch Staugefahr entstehen können, abzubauen. Wartezeiten bei der Bahn können verringert, mehr Verkehr von der Straße auf den umweltfreundlicheren Verkehrsträger Schiene verlagert werden.

VORFAHRT FÜR ÜBERREGIONALE PROJEKTE

Vorrang für Neu- und Ausbau überregional bedeutsamer Projekte lautet eine Devise beim neuen Bundesverkehrswegeplan. Auch das ein Grundsatz, den wir in der SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen der Dialogreihe „Infrastrukturkonsens 2020" mit der Priorisierungsstrategie für die Planung unserer Verkehrsinfrastruktur in der letzten Wahlperiode erarbeitet haben. Hauptachsen und Knoten der Verkehrsnetze finden deshalb besondere Berücksichtigung. 87 Prozent der Mittel aus dem Bereich für Aus- und Neubau fließen in überregional bedeutsame Projekte wie Autobahnen und Bundesstraßen mit besonderer Verbindungsfunktion. Hessen profitiert von der neuen Priorisierungsstrategie des Bundes bei Straße und Schiene: Der Bund sieht deutlich mehr Mittel für hessische Infrastrukturprojekte vor, als das im letzten Bundesverkehrswegeplan der Fall war.

Rund acht Milliarden Euro sind bis 2030 für die hessischen Straßen vorgesehen. Im bundesweiten Ländervergleich liegt Hessen damit auf Platz fünf, was die Höhe der Investitionen anbelangt. Zu den im Bundesverkehrswegeplan für Hessen mit höchster Dringlichkeit gelisteten Straßenprojekten zählt der Ausbau von Autobahnkreuzen: Bad Homburger Kreuz, Nordwestkreuz Frankfurt, Offenbacher Kreuz, Darmstädter und Wiesbadener Kreuz. Das wird die Staugefahr weiter reduzieren und die Sicherheit auf Hessens Straßen erhöhen.

Im Bereich Schiene sieht der Bundesverkehrswegeplan für Hessen den Bahnknoten Frankfurt als dringlichstes Projekt. Hier besteht großer Bedarf an Neubaustrecken. Aufgrund der geografischen Lage in der Mitte Deutschlands fährt fast jeder zweite Fernverkehrszug durch Hessen, das Netz ist hier stark belastet. Für den Aus- und Neubau der Streckenabschnitte Hanau – Würzburg/Fulda – Erfurt, den Korridor Mittelrhein mit der Neubaustrecke Frankfurt – Darmstadt – Mannheim und der Wallauer Spange sowie dem Knoten Frankfurt sind deshalb Investitionen in Höhe von rund neun Milliarden Euro vorgesehen. An der hohen Summe wird die Bedeutung der hessischen Projekte für das bundesweite Schienennetz deutlich.

Mit dem Bundesverkehrswegeplan sorgen wir dafür, dass alle Verkehrsträger in Hessen gleichwertig erhalten und ausgebaut werden. Bislang hat die hessische Landesregierung wesentlich weniger Mittel in den Straßenbau investiert, als sie im Wahlkampf angekündigt hat. Der hessische Verkehrsminister muss jetzt dafür sorgen, dass die Prioritäten des Bundes auch umgesetzt werden können und nicht an fehlenden Planungen scheitern. Für Hessen kann das nur gut sein.

SÖREN BARTOL IST STELLVERTRETENDER SPD-FRAKTIONSVORSITZENDER FÜR VERKEHR, BAU UND DIGITALE INFRASTRUKTUR SOWIE DIGITALE AGENDA.

BILDNACHWEIS – SUSIE KNOLL / FLORIAN JÄNICKE

MOBILITÄT FÜR ALLE

Ohne mehr Verkehr: Herausforderungen einer nachhaltigen Mobilität

Gastbeitrag von Dr. Jutta Deffner
ISOE - Institut für sozial-ökologische Forschung

BILDNACHWEIS – STADT OFFENBURG/BADEN

Einer der ersten vier Mobilpunkte in Offenburg (Baden) – alles integriert: ÖPNV-Haltestelle, Carsharing-Elektroauto mit Ladesäule, Rad- und Pedelecverleihstation, Infopunkt und wettergeschützte Wartemöglichkeit

Mobilität ist in unserer Gesellschaft ein hoch angesehenes Gut. Alle wollen und sollen mobil sein, zum Arbeiten, zum Einkaufen, um Freizeit zu gestalten. Mobilität ist eine Bedingung für soziale Integration und Voraussetzung für ökonomische Entwicklung und Mobilität soll umweltverträglich sein. Doch es fällt auf: Unser Verkehrssystem lässt zu wünschen übrig im Hinblick auf Mobilität, die wir aus drei Perspektiven betrachten:

Sozial bedeutet, dass Menschen auf vielfältige Weise beweglich sein wollen, um ihr Leben entfalten zu können: beweglich sein im Raum, zwischen verschiedenen sozialen Schichten und Kulturen. Räumliche Mobilität ist für die meisten heute ein sehr positiv besetzter Wert. Mobilität ist ein grundlegendes menschliches Bedürfnis. Es ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Menschen verbinden damit Dynamik, Modernität und auch Spaß.

Ökonomisch heißt, dass die Mobilitätswirtschaft Arbeitsplätze, Qualifikationsmöglichkeiten und Wohlstand gewährleistet. Die Verkehrsinfrastruktur erlaubt meist eine gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, z.B. können heute durch den Ausbau von Verkehrsverbindungen tägliche Pendlerstrecken über 100 Kilometer und mehr bewältigt werden. Die Infrastruktur ermöglicht die Erreichbarkeit vielfältiger Konsummöglichkeiten und für die Hersteller und Produzenten einen Absatzmarkt für ihre Produkte.

Ökologisch bedeutet, dass die umweltschädigenden Wirkungen des Verkehrssystems und der privaten Mobilität immer deutlicher zutage treten. Auch beste Motor- und Abgastechnik sind nicht in der Lage, Feinstaub- oder Klima-Emissionen so zu begrenzen, dass das Verkehrssystem zukunftsfähig wird. Der gegenwärtig laufende Abgasskandal in Deutschland macht deutlich, dass die Automobilindustrie in der Klemme sitzt: Das gleichzeitige Erreichen globaler Umweltziele sowie der Marktführerschaft im Automobilsektor mit entsprechendem Preisdruck lässt sich kaum noch miteinander vereinbaren.

Die heutigen Verkehrsprobleme sind zum Teil technischer Art. Aber nicht nur: Planung im Verkehrssektor ist oftmals sehr prestigeorientiert. Eher werden neue Straßen gebaut als Bürgersteige mit neuem Pflaster versehen oder Linien des öffentlichen Verkehrs per Ampelschaltung schneller und attraktiver. Eine Verkehrspolitik, die sich für eine andere Aufteilung des Straßenraums – in Städten für mehr Aufenthaltsqualität für Fußgänger und Radfahrende – einsetzt, ist nicht populär. Und das scheinbar gut funktionierende System wird nur selten hinterfragt.

Entsprechend groß sind die Zielkonflikte darüber, welche Städte und Gemeinden wir wollen und welchen Verkehr wir brauchen. Um einen zu nennen: Einerseits scheint eine prosperierende Automobilindustrie mit Autos, die weltweit verkauft werden, notwendig, um unseren Wohlstand und die Liberalität unserer Gesellschaft halten zu können. Andererseits leben viele heute schon in Stadtregionen, in denen immer weniger ein privates Auto gebraucht wird.

Viele Bürgerinnen und Bürger setzen Mobilsein mit dem Besitz eines Autos gleich. Das private Auto erlaubt in Deutschland weitestgehend eine komfortable, praktische und auch Spaß machende Organisation des Alltags: Durch die gut ausgebaute Infrastruktur können Menschen aus entfernten Gebieten gut Arbeitsplätze erreichen. Auch Freizeitaktivitäten, ob Mountainbikepark im Mittelgebirge oder Schachrunde im Kleinstadtcafé, sind leicht mit dem Auto erreichbar. Und für eine zeitsparende Organisation des Familienalltags bleibt das Auto häufig das praktischste Hilfsmittel.

In vielen Stadtregionen aber, im Rhein-Main-Gebiet oder Großraum Kassel, ist heute schon ein mobiles Leben ohne Privatauto möglich. Hier gibt es einen spürbaren Wandel. Es sind Verkehrsangebote vorhanden, die den Alltag und die Freizeitgestaltung mit geringer oder gar keiner Autonutzung ermöglichen und trotzdem eine hohe zeitliche und organisatorische Flexibilität bieten. Dies ist möglich, wenn öffentliche Verkehrsmittel, Zufußgehen oder Radfahren, aber auch neue Angebote kombiniert werden. Viele Stadtbewohner machen das bereits. In Städten besitzen die Menschen im Durchschnitt weniger oft ein Auto als auf dem Land. Wichtigster Ersatz des Autos dort ist das Fahrrad und ein gut ausgebauter ÖPNV.

Aber in kleineren Städten und Gemeinden und auch bereits im Umland der Großstädte sind der öffentliche Verkehr und auch neuere Mobilitätsdienstleistungen wie Carsharing, Fahrradverleihsysteme oder Mitnahmemöglichkeiten und übergreifende Mobilitätsinformationen wenig oder gar nicht vorhanden. Für die Bewohnerinnen und Bewohner ist das weder verlässlich noch komfortabel oder attraktiv. Viele kennen die Angebote gar nicht. In diesen Gebieten sind Erreichbarkeit und Teilhabe jenseits des Privat-Pkw nicht gesichert. Das festigt das bestehende Leitbild und die Mobilitätsroutinen.

Die erfreulichen Entwicklungen hin zu einer nachhaltigen Mobilitätskultur gibt es bislang nur in typischen Studentenstädten: Fahrradkultur in Freiburg, Carsharing mit Stations- und One-Way-Autos in Frankfurt, Offenburg und Darmstadt, in denen Exempel statuiert werden für neue Kombinationsmöglichkeiten von öffentlichem Nahverkehr, Sharing-Angeboten und autoreduzierender Siedlungsplanung. Doch im Großen und Ganzen ist eine soziale, kulturell vielfältige, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Entwicklung der Mobilität für alle, die Aufenthaltsqualität sichert und Gesundheit garantiert, immer noch in weiter Ferne.

VERKEHR UND NACHHALTIGKEIT

Der Verkehrssektor leistet nicht den Beitrag, den er für die Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bringen müsste und auch nicht zu weiteren Zielen, die zu einer umfassend verstandenen Nachhaltigkeit gehören würden.

▶ Circa 80% Anteil des Autoverkehrs an der Verkehrsleistung. Anstieg der Reiseweiten pro Tag (z.B. legt ein Deutscher im Durchschnitt ca. 42 km am Tag zurück.) ▶ Ausgaben für Mobilität in Privathaushalten steigen ▶ Immer neue Flächen werden für Straßen und Siedlungen erschlossen. Die Art und Weise, wie diese erreichbar sind (z.B. nur mit dem Auto), ist nicht zukunftsfähig. ▶ Der motorisierte Verkehr verursacht Gesundheitsschäden und -kosten (Lärm, Bewegungsmangel) und Unfälle. ▶ Verkehrswege, vor allem große Straßen- und Schienentrassen, zerschneiden die Landschaft. ▶ Verkehrstrassen trennen Wegebeziehungen zu Wohnungen, Nahversorgung, Schulen, Sport und Naherholung. ▶ Güterverkehr nimmt immer weiter zu und verschleißt die Straßen stark. ▶ Es fehlen Mittel, um Verkehrswege in Schuss zu halten – sowohl für den öffentlichen Verkehr als auch den Privatverkehr. ▶ Kosten, die durch Staus, Unfälle, Umwelt- und Gesundheitsschäden entstehen, sind nicht durch die gegenwärtigen Mobilitätspreise für die Verursacher gedeckt.

BILDNACHWEIS – JÜRGEN MAI

DR. JUTTA DEFFNER IST STADT- UND VERKEHRSPLANERIN UND LEITET DEN FORSCHUNGSSCHWERPUNKT ‚MOBILITÄT UND URBANE RÄUME' AM INSTITUT FÜR SOZIAL-ÖKOLOGISCHE FORSCHUNG IN FRANKFURT. DAS ISOE GEHÖRT SEIT 25 JAHREN ZU DEN FÜHRENDEN UNABHÄNGIGEN INSTITUTEN DER NACHHALTIGKEITSFORSCHUNG UND ENTWICKELT KONZEPTE FÜR POLITIK, ZIVILGESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT.

»Sagen Sie mal, Herr Schäfer-Gümbel...« Drei Fragen von Katja Urbatsch

SPD-LANDTAGSFRAKTION

1 **Katja Urbatsch:** Gute Bildung für alle von Anfang an. Wie wollen Sie das erreichen?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Das „von Anfang an“ hat ganz besondere Bedeutung. Die ersten Lebensjahre sind entscheidend. Nehmen wir die Sprachkompetenz – dafür zählt diese Zeit besonders. Deshalb wollen wir gebührenfreie Kindergärten, denn wir wissen, dass Gebühren eine Hürde darstellen. Auch wenn heute trotz der Gebühren schon sehr viele Kinder in die Kita gehen, rechtfertigt das nicht, Gebühren beizubehalten. Chancengleichheit heißt, tatsächlich jedem Kind die Chance zu geben, und zwar unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

2 **Urbatsch:** Sie sind selbst ein „Arbeiterkind“. Wie hat Ihre Herkunft Sie auf Ihrem Bildungsweg geprägt?

Schäfer-Gümbel: Das war sehr prägend. Ich hatte das Glück, dass ein Realschullehrer sich ganz stark dafür eingesetzt hat, dass ich Abitur machen kann. Meine Geschwister konnten das nicht und meine Eltern mussten auch erst überzeugt werden. Ich möchte allen Kindern ersparen, dass Glück der entscheidende Faktor dabei ist, welcher Bildungsweg eingeschlagen wird. In kaum einem anderen Industrieland ist der Bildungserfolg so abhängig von der Herkunft wie in Deutschland. Das verbaut so vielen talentierten, wissbegierigen, strebsamen Kindern die Zukunft. Das müssen wir endlich ändern.

3 **Urbatsch:** Was können Sie in Hessen tun, um Menschen aus nicht akademischen Familien bessere Bildungsperspektiven zu geben?

Schäfer-Gümbel: In meiner Kindheit konnte man den Spruch „Arbeiterkinder gehören nicht aufs Gymnasium“, durchaus noch hören. Schrecklich, wie borniert da manche waren. Auch wenn das heute niemand mehr laut sagt, sind wir von Chancengleichheit noch weit entfernt. Gebührenfreiheit ist ein wichtiger Schlüssel. Der andere ist Durchlässigkeit. An vielen Stellen sind Bildungswege nur nach unten durchlässig, durch Sitzenbleiben oder Abstufen. Wir wollen Durchlässigkeit nach oben, damit jedes Kind seine Stärken entwickeln kann. Nach der vierten Klasse ist eben noch nicht klar, was ein Kind erreichen kann. Wir brauchen viele Ganztagsschulen, weil die besonders stark darin sind, Kinder individuell zu fördern.

ArbeiterKind.de ist eine gemeinnützige Initiative mit bundesweit rund 6000 ehrenamtlichen Mentorinnen und Mentoren in 75 lokalen Gruppen, die Schülerinnen und Schüler aus Familien, in denen noch niemand oder kaum jemand studiert hat, zum Studium ermutigt und sie vom Studieneinstieg bis zum erfolgreichen Studienabschluss unterstützt. Die Idee und der Name der Initiative ArbeiterKind.de stammen von Katja Urbatsch. Sie gehört zur sogenannten „First Generation“, der ersten Generation einer Familie, die ein Studium absolviert. Mehr Informationen unter www.arbeiterkind.de

Wollten Sie von Thorsten Schäfer-Gümbel auch schon immer etwas wissen? Bitte senden Sie Ihre drei kurzen Fragen an:
SPD-LANDESVERBAND HESSEN, REDAKTION „ZUKUNFT HESSEN“, RHEINSTRAßE 22, 65185 WIESBADEN

BILDNACHWEIS SCHÄFER-GÜMBEL – SPD-LANDTAGSFRAKTION / BILDNACHWEIS POST-IT – DIRK SCHUMANN, FOTOLIA.COM / BILDNACHWEIS KATJA URBATSCH – NADINE WOJCIK

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
SPD-Landesverband Hessen, Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611 999 77-0, Fax: 0611 999 77-11 und
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Schlossplatz 1–3, 65183 Wiesbaden, Tel.: 0611 350-519, Fax: 0611 350-511
V.I.S.D.P. Generalsekretärin Nancy Faeser, MdL
ANZEIGEN: Michael Blum, Tel.: 0611 999 77-13

HESSEN SPD

LAYOUT: STUBE text&design, www.stube-td.de
DRUCK: Kreisdruck Wiesbaden GmbH, Schultheißstraße 15, 65191 Wiesbaden
REDAKTION:
Dr. Wilfried Lamparter, Gert-Uwe Mende (verantwortlich), Lisa Ensinger, Michael Fraenkel, Isabel Neumann, Hiltrud Wall, Gerfried Zluga-Buck
BILDER: Titel: Rawpixel Ltd. – Fotolia
Alle Fotos ohne eigene Quellenangabe: Archiv der SPD Hessen oder der SPD-Landtagsfraktion

Ob auf der Datenautobahn oder über die Landstraße.
Wir sorgen auch in Zukunft dafür, dass Ihre Post rechtzeitig ankommt.

Entdecken Sie die Deutsche Post neu: **www.facebook.com/deutschepost**

Deutsche Post

Die Post für Deutschland.